

## **Abschlussklärung des Treffens in Den Haag**

Heute, nur wenige Meter vom NATO-Gipfel entfernt, werden wir Zeuge einer neuen Entwicklung, die die Militärausgaben in den Mittelpunkt der europäischen Prioritäten stellt. Die schonungslose Fokussierung auf den Krieg als tägliches Thema droht, die Gründungsziele der Europäischen Union mit einem Schlag auszulöschen. Die EU wurde aus der Asche des Zweiten Weltkriegs geboren und angeblich als Instrument für den Wiederaufbau und als Mittel zur Verhinderung von Kriegen durch wirtschaftliche Zusammenarbeit konzipiert. Doch heute scheint sie sich weit von diesen Gründungsidealen entfernt zu haben.

Der erste entscheidende Schritt war der ReArm EU-Plan, der die nationale Aufrüstung förderte. Anstatt die Einheit zu fördern, hat diese Initiative die Ungleichheiten sowohl zwischen als auch innerhalb der Mitgliedstaaten vertieft und sogar europäische Kohäsions- und Entwicklungsgelder für militärische Zwecke umgewidmet. Überall auf dem Kontinent führen die gestiegenen öffentlichen Ausgaben in erster Linie zu einer Bereicherung der Rüstungsindustrie, während die einfachen Bürger mit stagnierenden Löhnen und fehlenden Investitionen in lebenswichtige zivile Infrastrukturen konfrontiert sind.

Nun folgt der zweite Schritt: die bevorstehenden drastischen Kürzungen im Gesundheits-, Bildungs- und Beschäftigungsbereich, die alle mit der angeblichen Notwendigkeit der Aufstockung der nationalen Waffenarsenale begründet werden. Vor allem junge Menschen werden in eine Kriegswirtschaft hineingezogen, die von ständigen Konflikten, eskalierenden Spannungen und immer höheren Gewinnen für die Waffenhersteller lebt. Dieser Anstieg der Militärausgaben birgt die Gefahr, unsere wirtschaftlichen Grundlagen zu untergraben, den technologischen Fortschritt zu bremsen und den Wohlstand und die soziale Stabilität der europäischen Gesellschaften zu gefährden.

Die Reaktion auf die Ankündigung des ReArm EU-Plans war unmittelbar und allgemein - ein Aufschrei der Besorgnis, der Empörung, der Angst und des Unglaubens ging durch alle europäischen Länder. Als politische Vertreter, aber vor allem als Menschen und Bürger Europas, haben wir die Pflicht, auf diesen kollektiven Aufschrei zu reagieren.

Die Zeit läuft uns davon; wir müssen jetzt entschlossen und zielstrebig handeln.

Unsere Vision ist die Förderung des Friedens und eines Gesellschaftsmodells, in dessen Mittelpunkt das Wohlergehen der Bürger steht - von Bildung und Gesundheitsversorgung bis hin zu sozialen Rechten, Forschung, Umweltschutz, sozialer Gerechtigkeit, Korruptionsbekämpfung und der konsequenten Verteidigung der Grundrechte. Nur durch eine mutige, zukunftsorientierte Politik, die durch ein nachhaltiges diplomatisches Engagement untermauert wird, können wir hoffen, dauerhafte Sicherheit und dauerhaften Frieden zu schaffen.

Der andauernde Krieg in der Ukraine zeigt unser kollektives Versagen, die für die Sicherung des Friedens erforderlichen diplomatischen Lösungen zu verfolgen. Auch wenn die illegale Invasion Russlands und die anhaltenden Bombardierungen eingestellt werden müssen, ist es wichtig, sich einzugestehen, dass auf diplomatischem Wege mehr hätte getan werden können, um diesen Krieg zu verhindern und zu beenden.

Der Angriff auf die iranischen Atomanlagen ist ein gravierendes Beispiel für die Anwendung des Völkerrechts mit zweierlei Maß. Er untergräbt die Glaubwürdigkeit des multilateralen

Systems und birgt die Gefahr eines gefährlichen Eskalationskreislaufs, der - wie im Falle des Irak-Kriegs - zu erneuten Versuchen eines Regimewechsels führen, die Flüchtlingskrise verschärfen und den Aufstieg der extremen Rechten in der Region und darüber hinaus fördern könnte.

Gleichzeitig unterstreicht unsere Untätigkeit angesichts der dokumentierten Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung im Gazastreifen, einschließlich der Angriffe, der Zwangsumsiedlung und der absichtlichen Vorenthaltung lebenswichtiger Ressourcen - Handlungen, die einem Völkermord gleichkommen - dieses Versagen zusätzlich.

Hier und heute verpflichten wir uns, die Stimmen all derer zu vereinen, die unabhängig von ihrer Sprache für dieselbe Sache eintreten: Wenn ihr Frieden wollt, bereitet euch auf Frieden vor - immer und überall.

Den Haag, Königreich der Niederlande  
24. Juni 2025